

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 14. Oktober 2022



Inhalt

Die Sitzungswoche

Leitantrag der
CDU/CSU zur
Migrationspolitik

Erntekrone für den
Agrarausschuss

Terminrückschau
Wahlkreiswoche

Terminvorschau

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

die Situation im Energiebereich hat sich nach wie vor nicht gebessert. Die Inflation ist im Vergleich zu den Vormonaten nochmals gestiegen - diese Woche auf den höchsten Wert seit 70 Jahren. Es sind keine einfachen Entscheidungen, die die Bundesregierung treffen muss. Eine Bundesregierung, die aber keine Entscheidungen trifft oder getroffene Entscheidungen nur zögerlich umsetzt, macht die größten Fehler.

Gasumlage beschließen, den Entschluss wieder zurücknehmen, die "ewige" Diskussion der beiden Minister Habeck und Lindner über die Verlängerung der Laufzeiten unserer Atomkraftwerke - das alles schafft kein Vertrauen in Politik. Den Vorschlag der Gaspreiskommission haben wir mit Respekt zur Kenntnis genommen. Fakt ist aber, hätte die Bundesregierung hier rechtzeitig gehandelt, gäbe es bereits im Winter eine Gaspreisbremse. Am Ende steht jetzt eine Einmalzahlung als Notinstrument.

Seit Wochen steigen die Asylbewerberzahlen massiv an. Über 200.000 Asylanträge werden dieses Jahr erwartet. Die Kapazitäten der Länder und Kommunen zur Aufnahme sind jedoch vielfach bereits erschöpft, es braucht bessere Koordination und Unterstützung. Die Bundesregierung muss jetzt wichtige Weichen stellen. Aus diesem Grund haben wir einen Antrag zum Thema gestellt und in dieser Sitzungswoche diskutiert.

Ein weiteres Thema in dieser Woche war der steigende Fach- und Arbeitskräftemangel in Deutschland. Über diese und weitere spannende Themen berichte ich Ihnen im Folgenden. Alles Gute,

Ihr


Hermann Färber MdB



Debatte zu den Ergebnissen der Gaspreis-Kommission

Am Mittwoch waren die Vorschläge für eine Gas- und Wärmepreisbremse der sogenannten Unabhängigen Kommission Erdgas und Wärme der Bundesregierung (Gaspreis-Kommission) Thema einer Aktuellen Stunde im Bundestag. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben den Vorschlag der Gaspreiskommission mit Respekt zur Kenntnis genommen und werden den Prozess konstruktiv begleiten, denn eine Entlastung der Privathaushalte und Unternehmen ist dringend erforderlich.

Die Bundesregierung hat leider viel zu lange an der handwerklich schlechten Gasumlage festgehalten. So gibt es in diesem Winter keine Gaspreisbremse, sondern das Expertengremium hat nun als ersten Schritt eine Einmalzahlung an Gas- und Fernwärmekunden im Dezember 2022 und als zweiten eine Gaspreisbremse ab März 2023 vorgeschlagen.

Das von der Gaspreiskommission avisierte Volumen von 5 Mrd. € für eine Einmalzahlung im Monat Dezember erscheint uns in der Entlastungswirkung für den Winter ungenügend zu sein. Auch die Höhe der Erstattung des Abschlags für Dezember auf Basis des Abschlags im September sehen wir kritisch, da viele Haushalte ihre Erhöhungen erst mit der Einführung der Gasumlage zum 1. Oktober 2022 erhalten haben. Fest steht auch, dass diese Maßnahmen die Notwendigkeit nicht ersetzen, über die weiteren Potenziale der Energieerzeugung nachzudenken. Nur durch eine Steigerung des Energieangebots werden die Preise auch wieder fallen können. Im Gesamtkonzept wird es zusätzlich auch darauf ankommen, Antworten auf Preissteigerungen bei Strom, Öl und Pellets zu geben. Eine weitere Untätigkeit darf es jedenfalls nicht geben - denn die aktuelle Situation hat für viele Menschen und Unternehmen ganz reale Folgen: Existenznot.

Unser Antrag zum Fach- und Arbeitskräftemangel

Deutschland ächzt unter einem Mangel an Fachkräften. Es wird im Alltag bei vielen sichtbar, dass beispielsweise alte und kranke Menschen nicht angemessen gepflegt werden können und Handwerker und Ingenieure händierend gesucht werden. Über diese Wirtschaftszweige hinaus sind insbesondere die Bereiche Soziales und Bildung, Gastronomie und Hotellerie, IT, Metall und Elektro sowie Transport und Verkehr betroffen. Laut dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) sind rund 1,93 Mio. Stellen unbesetzt - ein Rekordwert.

Die zurückliegenden Corona-Jahre haben diese Situation verschärft und es ist bereits absehbar, dass dieses Problem durch unsere alternde Bevölkerung in den kommenden Jahren noch zusätzlich an Umfang gewinnen wird, mit entsprechenden negativen Konsequenzen für das Wachstumspotenzial und die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.

Der politische Handlungsdruck ist hoch. In einem Antrag schlagen wir daher eine Reihe von zielgerichteten Maßnahmen vor, um die Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften im Inland zu stärken. Es braucht unter anderem bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie eine bessere Berufsorientierung an Schulen. Mehr arbeitslose Menschen müssen in Lohn und Brot gebracht werden und ältere Beschäftigte sollten durch attraktivere Arbeitsbedingungen länger im Betrieb gehalten werden. Darüber hinaus brauchen wir auch qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland.



Bildquelle: CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Migrationspolitischen Sonderweg in Europa beenden

Für uns steht fest: Deutschland steht zu seinen humanitären Verpflichtungen. Wir wollen denjenigen helfen, die tatsächlich schutzbedürftig sind, illegale Migration reduzieren und die Akzeptanz der Bevölkerung bewahren.

In den vergangenen Monaten ist die Zahl der Asylgesuche in Deutschland stark angestiegen. Für das gesamte Jahr 2022 liegt die Erwartung bei 200.000 Asylanträgen und 30.000 - 50.000 sonstigen humanitären Aufnahmen (beispielsweise Ortskräfte aus Afghanistan). Diese Zahlen enthalten noch nicht die Aufnahmen von ukrainischen Kriegsflüchtlingen, denn diese durchlaufen kein Asylverfahren. Die Länder und Kommunen stehen durch diese Entwicklung unter Druck, die Kapazitäten sind vielerorts erschöpft. Eine weitere Verschärfung der Lage ist angesichts des Krieges in der Ukraine und der prekärer werdenden Situation von fast vier Millionen Syrern in der Türkei nicht auszuschließen.

Die Bundesregierung muss vor diesem Hintergrund jetzt zügig handeln. Unsere Aufnahmekapazitäten müssen den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen, Anreize für irreguläre Migration darf es nicht geben. Es braucht mehr Koordination – insbesondere mit den Ländern und Kommunen – sowie eine gute Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es wichtig, dass wir keine nationalen Alleingänge machen, sondern eine gemeinsame Lösung mit Europa finden.

Links

Unseren "Leitantrag der Woche" zum Nachlesen gibt es hier:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003933.pdf>.

Mehr Informationen dazu gibt es auch auf der Seite der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter:

<https://www.cducsu.de/themen/deutschland-steht-vor-neuer-migrationskrise>.



Bildquelle: Hermann Färber.

Eine neue Erntekrone für den Agrarausschuss

Die rheinische Landjugend und der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) hat diese Woche dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft aus Anlass des Erntedankfestes eine wunderschöne, neue Erntekrone überreicht. Sie wird nun für ein Jahr den Saal des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft im Bundestag schmücken und die Mitglieder des Ausschusses werden darunter tagen.

Erntedank ist in der Landwirtschaft etwas Besonderes, weil es die Wertschätzung für die Arbeit ausdrückt, die uns mit unserem "täglich Brot" versorgt. Die Erntekrone steht dabei als Symbol für das Zusammenwirken von Natur, Arbeit und Gottes Segen.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich nicht nur für die Erntekrone an sich, sondern auch für die tägliche Arbeit der Landjugend, die die Zukunft der Branche ist. Sie haben dem Ausschuss ans Herz gelegt, der Flächenversiegelung entgegenzutreten und sich für die Umsetzung der Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) einzusetzen. Ich freue mich, dass wir im Austausch miteinander bleiben werden!





Bildquelle: Hermann Färber.

Besuch der MIT auf dem Hof am Leispel

Letzte Woche war die Mittelstandsvereinigung (MIT) der CDU aus dem Kreis Göppingen zu einer Betriebsvorstellung und Stallbesichtigung bei mir auf dem Hof am Leispel. Das Fleisch aus unserer Schweine-, Geflügel- und Rinderhaltung sowie die Eier der Legehennen aus den mobilen Hühnerställen verarbeitet und vermarktet meine Familie sowohl direkt als auch über regionale Anbieter wie beispielsweise Supermärkte oder Hofläden. Zentrales Thema des gemeinsamen Austauschs war die aktuelle Energiekrise, von der viele Mittelständler betroffen sind. Im Anschluss gab es noch ein zünftiges, schwäbisches Vesper - Danke für den Besuch!



Gemeinderundgang mit der CDU östlicher Schurwald

In der kleinen Schurwaldwaldgemeinde Börtlingen funktioniert die Dorfgemeinschaft noch so, wie man sich das wünscht. Nahezu alles ist vor Ort: Kindergarten, Grundschule, Schwimmbad, ein neu gebautes Senioren- und Pflegeheim sowie ein Tante-M-Selbstbedienungsladen für die Nahrungsmittelversorgung. Selbstverständlich werden hier die Produkte von den örtlichen und regionalen Landwirten, Metzgern und Bäckern angeboten.

Zum krönenden Abschluss gab es bei sonnigen Herbstwetter selbstgemachtes Bauernhof-Eis von Familie Mohring mit einem Hofrundgang über den Bio-Demeter-Betrieb. Kurzum: Spannende Einblicke, die ich beim Ortsrundgang am Wochenende mit meiner Kollegin Sarah Schweizer, Bürgermeisterin Sabine Catenazzo, der CDU Östlicher Schurwald und weiteren Interessierten gewonnen haben. Vielen Dank an alle Beteiligten!

Sitzungswochen in Berlin

17. - 21. Oktober 2022

07. -11. November 2022

Delegationsreisen des Agrarausschusses

25. Oktober - 04. November 2022: Kenia und Sambia

13. - 18. November 2022: Spanien

Terminvorschau

15. Oktober: Anhörung des Agrarausschusses zum Tierarzneimittelgesetz

19. Oktober: Top Agrar - Landwirtschaft im Dialog zum Thema Tierwohl

20. Oktober: Unions-Talk-Agrar zum Thema Bio-Landwirtschaft

22. Oktober: Konstituierende Sitzung des Landesfachausschusses (LFA) Ländlicher Raum

22. Oktober: CDU-Kreisparteitag in Deggingen-Reichenbach

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de